



ABB Technikerschule, Baden
Eidg. anerkannte höhere Fachschule



NZZ Online

Dienstag, 25. März 2008, 13:04:58 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Schweiz

10. März 2008, Neue Zürcher Zeitung

Leere Teller – volle Tanks?

Wie die Schweiz mit dem Dilemma der Biotreibstoffe umgeht

Die Schweiz soll sich im Uno-Menschenrechtsrat für den Vorrang des Rechts auf Nahrung gegenüber der Produktion von Agrartreibstoff einsetzen, fordern 18 Nichtregierungsorganisationen.

mri. Genf, 9. März

Die Schweiz soll sich im Uno-Menschenrechtsrat dafür einsetzen, dass das Recht auf Nahrung höher gewichtet wird als der Anbau von Agrarpflanzen zur Produktion von Treibstoffen. Dies haben 18 Nichtregierungsorganisationen in einem Brief an Aussenministerin Micheline Calmy-Rey gefordert. Die Schweiz solle ihrer Besorgnis über die negativen Auswirkungen der industriellen Produktion von Agrartreibstoffen Ausdruck geben. Die Organisationen, darunter die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke (Alliance Sud), Caritas oder die Erklärung von Bern, verlangen, dass der Bund die Vorschläge von Uno-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, unterstützt.

Fünfjähriges Moratorium

Ziegler stellt dem Menschenrechtsrat voraussichtlich am Dienstag seinen Bericht vor, in dem er ein fünfjähriges Moratorium für die Produktion von Agrartreibstoffen aus Nahrungspflanzen fordert, bis eine zweite Generation weniger problematischer Produktionsverfahren entwickelt sei. Statt Stärke (aus Getreide, Mais, Zuckerrohr usw.) soll dabei Zellulose (aus Holz, Schilf oder Stroh) zum Einsatz kommen. An Methoden zur Herstellung von Zellulose-Ethanol wird intensiv geforscht. Die Forscher gehen davon aus, dass es noch mehrere Jahre dauern wird, bis es im grossen Stil hergestellt werden kann. In der Zwischenzeit, schreibt Ziegler in seinem Bericht, müssten die Staaten gewährleisten, dass Agrartreibstoffe nicht aus essbaren Pflanzen, Landwirtschaftsabfällen und Pflanzenrückständen hergestellt werden. Er weist darauf hin, dass es etwa 200 Kilogramm Mais braucht, um den Tank eines Autos mit Agrartreibstoff zu füllen (50 Liter). Damit könne ein Mensch während eines Jahres ernährt werden. – Das Welternährungsprogramm bezeichnet die Verlagerung der Landwirtschaft von der Nahrungsmittelproduktion hin zur Treibstoffherstellung als einen der Gründe für die drastischen Preiserhöhungen für Nahrungsmittel in letzter Zeit, beispielsweise für Palmöl. Die Treibstoff-Plantagen sind zudem sehr wasserintensiv. Nach Angaben von Alliance Sud werden für einen Liter Agrartreibstoff bis zu 5000 Liter Wasser benötigt.

Deza skeptisch, Seco sieht Chancen

Die EU will bis 2020 zehn Prozent des Spritverbrauchs mit Agrartreibstoff decken. Die USA rechnen mit einem künftigen Verbrauch von 35 Milliarden Gallonen im Jahr. Um der steigenden Nachfrage zu entsprechen, werden in Brasilien oder Indonesien grossflächig Wälder für Soja-, Zuckerrohr- oder Palmölplantagen abgeholzt, die den Rohstoff für Bioethanol und -diesel liefern. Intakte Regenwälder absorbieren jedoch viel mehr CO₂, als mit der Produktion von Agrartreibstoff im Vergleich zu normalem Benzin eingespart werden kann.

Im Departement für auswärtigen Angelegenheiten (EDA) teilt man die Befürchtungen des Uno-Sonderberichterstatters. Aus entwicklungspolitischer Perspektive bestehe kein Zweifel, dass das Recht auf Nahrung Vorrang haben sollte vor der Gewinnung von Treibstoff aus Landwirtschaftsprodukten, sagt EDA-Sprecher Lars Knuchel. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) befürwortet die Nutzung von Abfall-Ölen oder Biogas, lehnt aber eine Subventionierung des grossflächigen Anbaus von Agrartreibstoffen sowohl in Entwicklungs- als auch in Industrieländern ab.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), zuständig für die ökonomische Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz, vertritt die Auffassung, dass die Produktion von Agrartreibstoffen für einige Schwellen- und Entwicklungsländer eine interessante Option ist, um Einkommen und Arbeitsplätze zu schaffen. Es werde sicher einfacher sein, die Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen, wenn die zweite Generation von Produktionsmethoden am Markt etabliert sei. Das werde aber einige Jahre dauern, und zudem dürften diese Technologien teurer sein. Der Entscheid, ob man heute schon auf Biotreibstoff setzen oder die nächste Generation abwarten will, liegt heute bei den Importeuren bzw. bei den Konsumenten.

Das Seco unterstützt die Durchführung eines runden Tisches über nachhaltige Biotreibstoffe («Roundtable on Sustainable Biofuels»), der von der ETH Lausanne durchgeführt wird. Dabei sollen unter Einbezug der Produzenten vor allem aus Entwicklungsländern, der verarbeitenden Industrie und der Zivilgesellschaft Standards für die soziale, ökologische und wirtschaftlich nachhaltige Produktion von Agrartreibstoffen erarbeitet werden. Die Staaten könnten Treibstoffe, die mit einem solchen Label ausgezeichnet sind, vom Zoll befreien. In der Deza steht man solchen internationalen Umweltstandards eher skeptisch gegenüber, weil sie schwer durchzusetzen seien. Ihre Berechtigung wird aber nicht in Frage gestellt.

Zollbefreiung

In der Schweiz tritt am 1. Juli das revidierte Mineralölsteuergesetz in Kraft. Es sieht für Agrartreibstoffe eine Befreiung von den Mineralölsteuern vor, sofern sie die Mindestanforderungen einer positiven ökologischen Gesamtbilanz erfüllen. Ende Januar verabschiedete der Bundesrat die Verordnung dazu. Demnach sind diese Mindestanforderungen erfüllt, wenn die Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen vom Anbau bis zum Verbrauch die Umwelt nicht erheblich mehr belasten als fossiles Benzin. Ausserdem müssen sie mindestens 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen erzeugen als fossiles Benzin und dürfen die Erhaltung der Regenwälder und der biologischen Vielfalt nicht gefährden. Diese Bedingungen erfüllen laut Verordnung alle Treibstoffe aus Landwirtschaftsabfällen sowie Rückstände aus land- und forstwirtschaftlicher Produktion. Sie werden ohne weitere Prüfung von den Mineralölsteuern befreit. Treibstoffe aus Nahrungsmitteln wie Getreide, Soja, Zuckerrohr, Raps- und Palmöl können von der Steuererleichterung nur

profitieren, sofern eine individuelle Prüfung die positive Ökobilanz belegt.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/leere_teller___volle_tanks_1.686369.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.